

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verantwortl. Redakteur: ...  
Druckerei: ...

Bezugs-Gebühr: ...  
Anzeigen-Preise: ...

Schriftleitung und Hauptredaktion: ...  
Verlag: ...

Abdruck mit jeder Quelle gestattet, "Dresdener Nachr." zulässig. Unentgeltliche Beiträge werden nicht aufbewahrt.

**Europa-Hof** Der Treffpunkt der vornehmen Gesellschaft!  
 Jeden Sonntag 1 Uhr abends: **Galasouper mit Bouleottanz** — Abendtoilette erwünscht  
 Täglich 1/2 5 Uhr: **Tanz-Tea** — Arrangeur: **Welch-Valée**

## Bittere Wahrheiten Rehnes zum Dawes-Plan

Die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des Lebensstandards der deutschen Arbeiter.  
 Defer über den Reichsbahnkonflikt. — Platz der Republik statt Königsplatz in Berlin! — Aufnahmege such an den Völkerbund nächste Woche.

### Der Dawes-Plan ein Notproblem für den deutschen Arbeiter.

London, 4. Febr. Der bekannte englische Volkswirtschaftler John Maynard Keynes befaßt sich jetzt in der "Times" und gleichzeitig in der "New York Times" in einem Zeitungsartikel in sehr bemerkenswerter Weise mit dem Bericht des Reparationskomitees über das erste Dawes-Jahr. Deutschland hat keine Reparationen, so schreibt Keynes, noch nicht erhalten. Es hat sogar auch nicht einmal begonnen, sie zu bezahlen. Trotz der außerordentlich günstigen Konjunktur, die die Kommission und Kontrolleure in ihren Berichten erwähnen, wird man in ihren Dokumenten einen Mangel an Entschlossenheit und an Energie feststellen können, die notwendig ist, um die Reparationszahlungen zu leisten. Die Reparationszahlungen werden nicht nur durch die Inflation, sondern auch durch die Verschwendung der öffentlichen Mittel, die durch die Inflation ermöglicht wird, vergrößert. Die Reparationszahlungen werden nicht nur durch die Inflation, sondern auch durch die Verschwendung der öffentlichen Mittel, die durch die Inflation ermöglicht wird, vergrößert.

### Die Entscheidung in der Völkerbundfrage.

Der Anschluß Deutschlands an den Völkerbund ist durch die befürwortende Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses in ein akutes Stadium getreten. Die Deutschnationalen hatten noch in letzter Stunde den Versuch gemacht, durch einen Antrag im Reichstage, in dem bestimmte Voraussetzungen für die deutsche Beteiligung aufgestellt wurden, ein überstürztes Vorgehen zu verhindern und der Schaffung einer vollzogenen Tatsache so lange vorzubeugen, bis eine klare Einsicht in den Stand der Rückwirkungen der Locarno-Verträge möglich gewesen wäre. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen und hat dort das Schicksal gehabt, das man über ihn zur Tagesordnung überging. Nach dieser Entscheidung des Ausschusses besteht zwar für die Reichsregierung formell noch immer die Freiheit der Entscheidung über den Zeitpunkt, zu dem der Antrag stellen soll, es kann aber nach der ganzen in den leitenden Kreisen herrschenden Stimmung kein begründeter Zweifel aufkommen, daß der deutsche Schritt ohne weiteren Verzug getan werden soll, damit schon die am 8. März beginnende Genfer Tagung den Aufnahmeakt vollziehen kann. Es wäre eine Verhöhnung, wenn man sagen könnte, diese bedeutsame Wendung in der deutschen auswärtigen Politik werde von einem einseitigen nationalen Willen getragen. In Wirklichkeit ist aber die Nation in der Völkerbundfrage gespalten. Den Sieg hat die pazifistische, von den drei Weimarer-Koalitionsparteien gestützte Richtung davongetragen, die mit drängender Ungeduld auf dem beschleunigten und bedingungslosen Eintritt bestand. Hier scheitert sich das deutsche Volk deutlich erkennbar in zwei Lager. Kein gerecht und billig Denkender wird freilich so weit gehen, zu behaupten, daß die Scheidlinie zwischen rechts und links außer der politischen auch die nationale Gesinnungsgrenze fest vorzeichne, daß rechts allein unbedingte nationale Zuverlässigkeit, links dagegen eitel Unzuverlässigkeit in nationaler Hinsicht herrsche. Es ist ganz selbstverständlich und unbestreitbar, daß auch auf der linken Seite warme und treue Herzen für das deutsche Vaterland schlagen, und daß man deshalb nicht einfach und unterschiedlos von nationalen Parteien auf der rechten und von antinationalen Parteien auf der linken sprechen kann. Dessenungeachtet kommt man aber doch an der Tatsache nicht vorbei, daß das zu immer größerer Stärke aus der Partise der Umwälzung neuwachsende deutsche Nationalbewußtsein nur bei den Parteien der Rechten seine volle und ungeteilte Befriedigung findet, so daß man diese Parteien als die betont nationalen bezeichnen muß, während auf der linken die nationale Gesinnung und ihre Betätigung zu sehr mit den Bedenken und Vorurteilen des Sozialismus, Pazifismus und Internationalismus durchsetzt sind und durch deraartige Rücksichten zahlreiche Hemmnisse und Abschwächungen erleiden. Diese in vaterländischen Angelegenheiten mit geringerer populärer Sicherheit ausgeschaltete Richtung hat in der Völkerbundfrage das Feld behauptet. Das Bewußtsein davon legt sich drückend auf das nationale Empfinden und löst Bedauern darüber aus, daß nicht, wie feinerlich in der Schweiz, eine Volksabstimmung das letzte Wort gesprochen hat.

### Platz der Republik statt Königsplatz!

Ein Bericht der roten Mehrheit in Berlin.  
 (Von Hans Dörmann.)  
 Berlin, 4. Februar. In den heutigen Stadtvorstandssitzungen wurde die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten, den beim Reichstagsgebäude liegenden Königsplatz in Platz der Republik umzuwandeln, mit 120 Stimmen für und 81 gegen den Antrag. Die Entscheidung, ob die Umbenennung erfolgt, liegt nunmehr beim Reichstag. Die französischen Sozialisten für das Frauenwahlrecht.  
 Paris, 4. Febr. Die sozialistische Kammerfraktion hat einen Antrag eingebracht, der für die Frauen aktives und passives Wahlrecht bei den Gemeinde- und Kantonalwahlen, sowie den Parlamentarischen Wahlen, (S. 2. B.)

Das ist meiner Meinung nach der Schlüssel der ganzen Weltentwicklung Deutschlands im letzten Jahre. In der letzten Hälfte des Jahres 1925 begann der Sturm der Deflation das deutsche Wirtschaftsgeschehen zu zermahlen. Der Preissturz ließ nicht weiter, ja daß die hohen Einkünfte, die von der Reichsbank für die Wirtschaftlichen gefordert wurden, nicht mehr durch hohe Preise ausgeglichen wurden. Unter der Voraussetzung, daß die Reichsbank weiterhin an ihrer Kreditverweigerung festhalten würde, war es klar, daß ein rascher Umkehr der industriellen Produktion einzuzeichnen werden müßte oder daß die Preise fielen. Die Anzeichen für eine Produktionsminderung mochten sich dann auch bald bemerkbar machen. Der Prozentsatz der beschäftigten Arbeiter fiel. Die Anzahl der Kurzarbeiter war in höchstem Maße gestiegen. Die Konkurrenzfähigkeit zeigte eine erschreckende Zunahme. Die Preise von Industriewerken sanken rapide. Wenn man etwa 10 Prozent der deutschen Arbeiter-

### Volle Freiheit für die deutsche Luftfahrt!

Eine Entscheidung des Auswärtigen Ausschusses.  
 Berlin, 4. Febr. Im Auswärtigen Ausschuss wurde unter Vorsitz des Abgeordneten Gergs (D. N.) zunächst die Frage des Luftverkehrs behandelt. Es wurde folgende Entscheidung mit allen gegen eine Stimme angenommen:  
 Der Ausschuss hat die Mittelungen des Reichsverkehrsministeriums zur Kenntnis genommen und spricht den Wunsch aus, daß die Pariser Verhandlungen die weit über die Bestimmungen des Berliner Vertrags hinausgehenden Bestimmungen der deutschen Luftfahrt beinhalten werden. Die Wunsch der gegenseitigen Freigabe, ebenso wie die für uns sprechenden Bestimmungen des Völkerbundes geben uns die Möglichkeit, so wohl für die wirtschaftliche als auch für die sportliche und militärische Luftfahrt volle Freiheit zu verlangen. Der Auswärtige Ausschuss erklärt die Regierung, die Verhandlungen in diesem Sinne zu führen.  
 Dann fand eine umfangreiche Aussprache über das Thema statt, wobei sich die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten vertieft hatten. Zu Beschlüssen kam es darüber nicht.  
 Öffentliche Phantasien über die Luftverhandlungen.  
 Berlin, 4. Febr. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" meldet heute, daß in den gegenwärtigen Luftverhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland wesentliche Fortschritte zu verzeichnen seien. Die deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, ein neues Luftvertragsabkommen zu unterzeichnen. Der Korrespondent glaubt, daß die größere Bereitwilligkeit Deutschlands an einen Vertrag anzuschließen sei, nach dem Frankreich weniger, seine Zustimmung zu einer Verabreichung der Besatzungsarmee am Rhein von 75 000 auf 50 000 Mann zu geben. Die von den Alliierten gewünschten drei Luftvertragsabkommen seien folgende:  
 1. Verbot von Flugzeugen über eine bestimmte Höhe hinaus.  
 2. Verbot von Flugzeugen...

### Der Flugplatz Köln immer noch für den englischen Verkehr

London, 4. Febr. Nach der "Times" haben die deutschen Behörden den Flugplatz in Köln für den Luftverkehr mit London für weitere zwei Monate der Imperial Airways freigegeben. Die T. U. erfährt hierzu, daß diese Maßnahme tatsächlich zutrifft. Der Deutsche Luftverkehr wird erst am 1. April wieder aufgenommen werden, und es wird von dem Ausgange der Pariser Verhandlungen abhängen, ob und in welcher Form von diesem Zeitpunkt ab der Kölner Flugplatz dem internationalen Flugverkehr unter Beteiligung anderer Staaten zugänglich gemacht werden kann. (T. U.)

### Platz der Republik statt Königsplatz!

Ein Bericht der roten Mehrheit in Berlin.  
 (Von Hans Dörmann.)  
 Berlin, 4. Februar. In den heutigen Stadtvorstandssitzungen wurde die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten, den beim Reichstagsgebäude liegenden Königsplatz in Platz der Republik umzuwandeln, mit 120 Stimmen für und 81 gegen den Antrag. Die Entscheidung, ob die Umbenennung erfolgt, liegt nunmehr beim Reichstag. Die französischen Sozialisten für das Frauenwahlrecht.  
 Paris, 4. Febr. Die sozialistische Kammerfraktion hat einen Antrag eingebracht, der für die Frauen aktives und passives Wahlrecht bei den Gemeinde- und Kantonalwahlen, sowie den Parlamentarischen Wahlen, (S. 2. B.)